



Dienstag 24. Marz 2020

Nummer 884

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf







App der Robert Schuman Stiftung download über Appstore und Google Play

Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung -

Die militärische Marineindustrie: dringende Notwendigkeit einer europäischen Konsolidierung

Autor : Hervé Guillou



Um der zunehmenden Konkurrenz aus Asien, Russland und den Vereinigten Staaten gewachsen zu sein und sich auf den für seine Tätigkeit entscheidenden Exportmärkten zu behaupten, muss sich der europäische Marineschiffbau koordinieren und auf eine stärkere industrielle Integration hinarbeiten, so Hervé Guillou, Vorsitzender und CEO der Naval Group in einem Exklusivinterview für die Stiftung. Fortsetzung

Übersicht

Neuigkeiten: Leitartikel Stiftung: Pandemie/EU Coronavirus: EZB - Haushaltsregeln - RescEU/Medizinisch - Gesundheit - Europäischer Rat - Transport/Passagiere - Staatshilfen - Wirtschaft - Eingrenzung - Italien - Fracht - Beschäftigung/Soziales - Binnenmarkt - OECD - Balkan Kommission: Großbritannien - Östliche Partnerschaft Diplomatie: EU/Welt - Türkei Europäische Agenturen: Griechenland - Migration - Betrug/Virus Belgien: Regierung Slowakei: Regierung Europarat: Immigration - Deutschland - Belgien NATO: Bericht IWF: Italien Eurostat: Asyl - Handel - Inflation Kultur: Solidarität/Danzig - Online-Ausstellung/Madrid - Online-Ausstellung/München - Phantasie/Paris - Online-Ausstellung/Liverpool

Agenda | Andere Versionen | Kontakt

Neuigkeiten:

Die 7 größten Herausforderungen



Um zu verhindern, dass die gesundheitliche Bedrohung durch das Covid-19-Virus zu einer globalen und tödlichen politischen Krise wird, müssen, laut Jean-Dominique Giuliani, sieben ebenso unerwartete wie

große Herausforderungen bewältigt werden. Insbesondere für die Europäer werden Koordination und Solidarität unerlässlich sein... Fortsetzung

Stiftung:

Studie über die Union angesichts der Covid-19 Pandemie



Die für 40% der Bevölkerung der Union verhängte Ausgangsbeschränkung und die 30 Tage dauernde Schließung der Außengrenzen unterstreichen die Schwere der durch die Covid-19-Pandemie verursachten Krise. Um dem zu begegnen, versucht die

Union, die verschiedenen ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen. Aber um zu reagieren und für die Zukunft Belastbarkeit zu zeigen, hängt ihre Handlungsfähigkeit weitgehend von den Mitgliedstaaten und ihrer Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln ab... Fortsetzung

Coronavirus:

EZB kündigt Rückkauf von Anleihen im Wert von 750 Milliarden Euro an



Die Europäische Zentralbank kündigte am 18. März die Einführung eines neu Notfallplans zur Bewältigung der durch die Coronavirus-Pandemie verursachten Wirtschaftskrise an. Sie wird bis Ende 2020 öffentliche und private Anleihen im Wert von 750 Milliarden Euro zurückkaufen, die

größte Refinanzierungsoperation in ihrer Geschichte. Der EZB-Rat brachte seine Entschlossenheit zum Ausdruck, alle ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Unterstützung des Euroraums zu ergreifen... Fortsetzung

Andere Links | Andere Links

Aktivierung der allgemeinen Ausnahmeklausel



Am 23. März genehmigten die Wirtschafts- und Finanzminister die erstmalige Aktivierung der allgemeinen Ausnahmeklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts, um den sozioökonomischen Folgen des Coronavirus entgegenzuwirken. Die von der Kommission am 20. März vorgeschlagene Maßnahme bedeutet, dass die Mitgliedstaaten von

den auferlegten Haushaltsregeln abweichen und somit ihre Defizite erhöhen können, um die negativen Auswirkungen der Pandemie zu bekämpfen... Fortsetzung

Andere Links

Schaffung eines strategischen Vorrats an medizinischer Ausrüstung



Am 19. März legte die Kommission einen Plan zum Aufbau einer strategischen Reserve, durch das RescEU-Programm, vor, die der medizinischen Ausrüstung für den Kampf gegen Covid-19 gewidmet ist. Dies wird mit einem Budget von 50 Millionen Euro ausgestattet, das zu

90% aus dem europäischen Haushalt gedeckt wird. Es wird Ausrüstung enthalten, die von den am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten für den Umgang mit dem Coronavirus verwendet werden soll: Atemschutzgeräte, Masken, Impfstoffe und Laborausrüstung. Jeder Mitgliedstaat kann sich freiwillig als Ort einer Lagerstätte zur Verfügung stellen und Bestellungen für die Ausrüstung aufgeben... Fortsetzung

Empfehlungen zu Maßnahmen der öffentlichen Gesundheit und zum Screening



Am 19. März veröffentlichte die Kommission ihre Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zu Gemeinschaftsmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und des Screenings. In diesen Dokumenten wird vorgeschlagen, die Vorgehensweisen der Mitgliedstaaten zu

koordinieren. Die erste Vorschlag ist, nicht dringende Operationen aufzuschieben, mehr Telekonsultationen einzurichten und das gesamte qualifizierte Personal bzw. das Personal in Ausbildung zur Bekämpfung des Virus zu mobilisieren. Der zweite Vorschlag empfiehlt, dass das Screening von Krankenhauspatienten und Betreuern Priorität haben sollte... Fortsetzung

Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs



Der Europäische Rat nahm auf seiner Tagung vom 17. März, per Videokonferenz, die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Epidemie an, einschließlich der Einführung von Beschränkungen für die Einreise in die Union aus Drittländern. Weitere Maßnahmen sind befristete Regeln für die

Gewährung staatlicher Beihilfen, das wirtschaftliche Unterstützungspaket, Empfehlungen zu den Binnengrenzen der EU, die gemeinsame Nutzung medizinischer Geräte und Forschungsmittel. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen außerdem, nicht zum Europäischen Rat am 26. und 27. März zusammenzukommen, sondern eine wöchentliche Videokonferenz abzuhalten... Fortsetzung

Neue Richtlinien zu Passagierrechten



Die Kommission legte am 18. März Leitlinien vor, die europäischen Fluggästen und Luftfahrtunternehmen helfen sollen, mit Flugausfällen aufgrund von Beschränkungen, die durch nationale Regierungen zur Bekämpfung der Covid 19-Pandemie erlassen wurden, fertig zu werden.

Die Richtlinien gelten für Flug-, Bahn-, Schiff- und Busreisen... Fortsetzung

Vorübergehender Rahmen für staatliche Beihilfen



Die Kommission hat am 19. März einen vorübergehenden Rahmen für staatliche Beihilfen angenommen, um sicherzustellen, dass die Unternehmen während der Covid-19-Krise von ausreichender Liquidität profitieren. Der vorübergehende Rahmen umfasst 5 Arten von Beihilfen: direkte Zuschüsse, Darlehensbürgschaften, öffentliche Darlehen,

Bürgschaften für Banken und Exportkreditversicherungen... Fortsetzung

Nationale Pläne zur Unterstützung der Wirtschaft



Am 17. März kündigte die französische Regierung ein Paket von mehr als 300 Milliarden Euro zur Unterstützung der Wirtschaft und der Unternehmen, insbesondere der KMU, in der Covid-19-Krise an. In Deutschland hat die Regierung am 23. März einen Plan verabschiedet, der Darlehen in Höhe von 156 Milliarden Euro und Bankgarantien in

Höhe von 822 Milliarden Euro für Unternehmen vorsieht. Am 19. März versprach die spanische Regierung, bis zu 200 Milliarden Euro zu mobilisieren. In Polen beschloss die Regierung, einen Plan in Höhe von 212 Milliarden Zloty (47,3 Milliarden Euro) umzusetzen. In Großbritannien umfasst das Paket eine Garantieregelung in Höhe von 330 Milliarden Pfund (358,6 Milliarden Euro) und 20 Milliarden Pfund (21,7 Milliarden Euro) an steuerlicher Unterstützung für Unternehmen... Fortsetzung

Andere Links

Nationale Maßnahmen



Spanien, das nach Italien am zweitstärksten betroffene europäische Land, hat am 17. März seine Grenzen zu Frankreich und Portugal geschlossen, während die Bevölkerung seit dem 14. März mit Ausgangssperren belegt ist. In Deutschland haben die Behörden am 22.

März Versammlungen von mehr als zwei Personen verboten, und die Bevölkerung wird aufgefordert, in ihren Häusern zu bleiben. Ausnahmsweise trat die Kanzlerin am 18. März im Fernsehen auf. In Frankreich ist die Bevölkerung bis mindestens 31. März unter Quarantäne, und das Parlament hat einen gesundheitlichen Notfallplan verabschiedet. In Polen sind Versammlungen von mehr als 50 Personen verboten, und nur wichtige Geschäfte sind geöffnet. In Großbritannien kündigte Premierminister Boris Johnson am 23. März ebenfalls Ausgangsbeschränkungen für die Bevölkerung an... Fortsetzung

Andere Links

Neue Maßnahmen in Italien



Die italienische Regierung beschloss am 21. März, die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie zu verstärken. Reisen mit öffentlichen oder privaten Verkehrsmitteln, welche in gemeinschaftlicher Nutzung sind, sind verboten, außer bei nachgewiesenen Arbeitsanforderungen, absoluter Dringlichkeit oder aus gesundheitlichen

Gründen. Auch Produktionsaktivitäten, "die nicht absolut notwendig, entscheidend und unverzichtbar sind", werden ausgesetzt... Fortsetzung

Andere Links

Entscheidungen der Verkehrsminister zum Frachtverkehr



Die Verkehrsminister erörterten bei ihrer Videokonferenz am 18. März die Vorschläge der Kommission zur Entlastung der Binnengrenzen und zur Gewährleistung des freien Warenverkehrs, insbesondere von medizinischen Geräten, trotz der für Personen geltenden

Einschränkungen. Insbesondere schlägt die Kommission vor, so genannte "grüne" Vorranglinien für den Güterverkehr einzurichten und die Lenk- und Ruhezeitenregelungen flexibler zu gestalten... Fortsetzung

Beschlüsse der Minister für Arbeit und Soziales



Die Arbeits- und Sozialminister erörterten am 20. März per Videokonferenz die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie. Sie konnten sich über die Maßnahmen austauschen, die in ihren jeweiligen Ländern ergriffen wurden, um

gefährdeten Unternehmen und Einzelpersonen zu helfen. Sie erörterten auch die Verwendung europäischer Mittel zur Unterstützung der europäischen Wirtschaft... Fortsetzung

Andere Links

Treffen der Industrieminister



Die Minister für Industrie und Binnenmarkt diskutierten am 20. März per Videokonferenz über die Folgen des Coronavirus. Sie bekräftigten die Bedeutung des Schutzes des Binnenmarktes vor der Gefahr einer Zersplitterung unter dem Druck der Pandemie, die zu größeren Störungen in den Produktionsketten führen würde. Sie erörterten auch

Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion von medizinischer Ausrüstung, Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und zum Schutz des freien Warenund Dienstleistungsverkehrs... Fortsetzung



OECD-Generalsekretär Angel Gurria schlug am 20. März einen internationale Aktionsplan zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie vor und betonte die Notwendigkeit einer Koordinierung bei der Impfstoffproduktion, bei der Regulierung der makroökonomischen und finanziellen Politik und der Wiederherstellung des Vertrauens... Fortsetzung

Verschiebung der Wahlen in Serbien und Nord-Mazedonien



Der serbische Präsident Alexandar Vucic kündigte am 17. März die Verschiebung aller bevorstehenden Wahlen in Serbien an, insbesondere der Parlamentswahlen am 26. April. Auch der mazedonische Präsident Stevo Pendarosvki verschob die für den 12. April geplanten Parlamentswahlen... Fortsetzung

Andere Links

Kommission:

Entwurf eines Abkommens mit Großbritannien



Am 18. März veröffentlichte die Kommission ihren Entwurf eines Abkommens für die künftige Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich. Es umfasst die von den Mitgliedstaaten gebilligten

Richtlinien und deckt alle Aspekte der künftigen Partnerschaft ab: rechtliche, wirtschaftliche, kommerzielle und gerichtliche Aspekte. Großbritannien bereitet seinerseits ebenfalls Texte über seine künftigen Beziehungen zur Europäischen Union vor, obwohl zur Zeit die Verhandlungsrunden wegen der Coronavirus-Pandemie ausgesetzt wurden... Fortsetzung

Andere Links

Neue Ziele für die Östliche Partnerschaft



Die Kommission schlug am 18. März neue langfristige strategische Ziele für die sechs Länder der Östlichen Partnerschaft vor: Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und die Ukraine. Ziel ist es, die wirtschaftliche Integration zu erhöhen und die Rechtsstaatlichkeit in diesen Ländern zu stärken. Die Kommission setzt

sich insbesondere für nachhaltiges Wachstum, die Verringerung des Kohlenstoff-Fußabdrucks und den Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte ein... Fortsetzung

Diplomatie:

Treffen der Außenminister



Die Außenminister erörterten die internationale Reaktion auf das Coronavirus während einer Videokonferenz am 23. März. Sie erörterten die Rückführung von EU-Bürgern aus Drittländern, die Hilfe für die am stärksten durch das Virus gefährdeten Länder und Fehlinformationen,

die sich an EU-Bürger außerhalb der EU richten. Die Umsetzung des Abkommens zwischen der EU und der Türkei über Migration und der Stand der Diskussionen über die Einrichtung einer neuen Mission im Mittelmeerraum zur Überwachung des Waffenembargos gegen Libyen wurden ebenfalls erörtert... Fortsetzung

Videokonferenz zwischen den Staats- und Regierungschefs aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und der Türkei



Am 17. März fand ein Treffen zwischen dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dem britischen Premierminister Boris Johnson, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan per Videokonferenz statt. Im

Mittelpunkt der Gespräche standen der Kampf gegen Covid-19 sowie die humanitäre Situation in der syrischen Stadt Idlib und die Migrantenkrise, insbesondere im Hinblick auf das Abkommen zwischen der EU und der Türkei über die Grenzverwaltung... Fortsetzung

Andere Links

Europäische Agenturen:

Warnung zur Situation unbegleiteter Minderjähriger in Griechenland



Die Agentur für Grundrechte veröffentlichte am 17. März einen Bericht über unbegleitete Minderjährige in Griechenland. Sie prangert die Lebensbedingungen dieser jungen Migranten an, die dem Straßenleben und der Gewalt ausgesetzt sind. Sie schlägt Empfehlungen für alle

Phasen der Umsiedlung vor, wie z.B. die Ernennung eines Vormunds und die Vorbereitung der Übersiedlung. Sie empfiehlt insbesondere, das Wohlbefinden der Kinder zu berücksichtigen, aber auch die Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus zu berücksichtigen... Fortsetzung

Rückgang der illegalen Grenzübertritte

Im Februar ging die Zahl der Aufdeckungen illegaler Grenzübertritte auf den wichtigsten europäischen Migrationsrouten zurück, so die am 16. März von Frontex veröffentlichten Daten. Die Agentur zählte rund 6.200, 42% weniger als im Vormonat. Die östliche Mittelmeerroute wird nach wie vor am meisten genutzt, gefolgt vom Westbalkan, wo afghanische und syrische Nationalitäten unter den Migranten am stärksten vertreten sind... Fortsetzung

Untersuchung von gefälschten Produkten im Kontext des Coronavirus



Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) kündigte am 20. März die Eröffnung einer Untersuchung über gefälschte Produkte im Zusammenhang mit dem Coronavirus an. Diese Produkte, die zu einem

Preis zwischen 5 und 10 € pro Stück verkauft werden, also zum dreifachen Marktpreis, werden als Schutz vor dem Virus angepriesen und mit falschen Importzertifikaten ausgeliefert. Sie schützen jedoch nicht vor dem Coronavirus und können gesundheitsgefährdend sein, da sie nicht den europäischen Standards entsprechen... Fortsetzung

Andere Links

Belgien:

Neue Regierung unter der Leitung von Sophie Wilmès



Die belgische Abgeordnetenkammer hat am 19. März der von Sophie Wilmès (Reformbewegung) geführten Regierung das Vertrauen ausgesprochen, die Coronavirus-Krise zu bewältigen. Durch diese Abstimmung wurde der politischen Paralyse, nach 454 Tagen ohne eine voll funktionsfähige Regierung, ein Ende gesetzt. Die Regierung wird von den französisch- und niederländischsprachigen liberalen,

sozialistischen, christdemokratischen und umweltpolitischen Parteien unterstützt, ist aber trotzdem in der Minderheit. Die Premierministerin verspricht, ihre volle Macht abzugeben, sobald die Coronavirus-Pandemie vorüber ist... Fortsetzung

Andere Links

Slowakei:

Vereidigung der von Igor Matovic geführten Regierung



Der neue slowakische Premierminister Igor Matovic und seine Regierung wurden am 21. März von der Präsidentin Zuzana Caputova vereidigt. Er führt eine Koalition, die aus den Parlamentswahlen vom 29. Februar hervorgegangen ist und seine Partei OL'aNO (gewöhnliche Leute und unabhängige Persönlichkeiten) und "Wir sind eine Familie", sowie

unabhängige Persönlichkeiten) und "Wir sind eine Familie", sowie "Freiheit und Solidarität und für das Volk" umfasst. Frauen besetzen 3 von 16 Ministerposten in der Regierung... Fortsetzung

Andere Links

Europarat:

Jede Aktion im Bereich Asyl und Migration muss auf den Menschenrechten basieren



Der Menschenrechtskommissar des Europarates hat am 17. März einen Brief an Margaritis Schinas, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, und Ylva Johansson, Kommissarin für Inneres, veröffentlicht, in dem sie ihre Aufmerksamkeit auf wichtige

Menschenrechtsfragen im Zusammenhang mit dem Schutz der Rechte von Migranten, einschließlich Flüchtlingen und Asylsuchenden, in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ihrer unmittelbaren Nachbarschaft lenkt... Fortsetzung

Bericht der Anti-Rassismus-Kommission über Deutschland



In einem am 17. März veröffentlichten Bericht fordert die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates Deutschland auf, seine Bemühungen zur Prävention und Bekämpfung von Extremismus und Neonazismus zu verstärken und sicherzustellen, dass Beweise für Online-Hassreden an die Polizei weitergegeben werden... Fortsetzung

Bericht über Rassismus und Intoleranz in Belgien

Die Kommission des Europarates gegen Rassismus und Intoleranz hat am 18. März ihren Bericht über Belgien veröffentlicht. Sie stellt Fortschritte seit dem letzten Bericht im Jahr 2013 fest. Man empfiehlt jedoch, die Verpflichtung für öffentliche und private Dienstleister, Personen, die sich illegal im Land aufhalten, zu melden, aufzuheben. Die Kommission des Europarates ist nach wie vor besorgt über bestimmte Punkte wie die



Berücksichtigung der Vielfalt in den Schulen, den Zugang der Opfer zur Justiz, Cyber-Belästigung, die Integration von Migranten und den Schutz der Rechte von Sinti und Roma... Fortsetzung

NATO:

Jahresbericht



In seinem am 19. März veröffentlichten Jahresbericht betont NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass die NATO sich der komplexen Sicherheitslage im Jahr 2019 angepasst hat, insbesondere mit einer neuen Weltraumpolitik, einer angepassten Kommandostruktur und neuen Mitteln zur Bekämpfung von Hybrid- und Cyberangriffen. Er

betont die Notwendigkeit einer fairen Lastenverteilung unter den Verbündeten, in Bezug auf die Verteidigungsausgaben, zu gewährleisten... Fortsetzung

Andere Links

TWF:

Bericht über die Wirtschaft Italiens



In einem am 20. März veröffentlichten Bericht über die Lage der italienischen Wirtschaft stellt der IWF die Fortschritte bei der Stärkung des Bankensektors fest. Man rät Italien, die Anfälligkeit des Finanzsektors weiter zu reduzieren. Der IWF betonte jedoch, dass der Bericht vor der Covid-19-Pandemie erstellt wurde. Der IWF empfiehlt Maßnahmen für die Zeit nach der Krise, die sich auf die Stärkung des

Wachstums und Strukturreformen konzentrieren, um die Produktivität zu erhöhen, Investitionen anzuziehen und die öffentliche Verschuldung zu reduzieren... Fortsetzung

Andere Links

Eurostat:

Mehr als 600.000 registrierte Asylanträge im Jahr 2019



612 700 Erstasylsuchende wurden im Jahr 2019 in der EU registriert, so die am 20. März von Eurostat veröffentlichten Daten. Dies entspricht einem Anstieg von 12% gegenüber 2018, ist aber immer noch die

Hälfte der Zahl, die 2015 verzeichnet wurde. Die Mehrheit der Asylsuchenden kam aus Syrien, Afghanistan und Venezuela. 23% der Anträge wurden in Deutschland und 20% in Frankreich gestellt. Am Ende des Jahres wurden in Europa noch 842.500 Asylanträge geprüft... Fortsetzung

Überschuss im internationalen Warenhandel



Nach dem Bericht von Eurostat vom 18. März verzeichnete die Eurozone im Januar einen Überschuss von 1,3 Milliarden Euro im internationalen Warenhandel. Die Europäische Union verzeichnete ein Defizit von 2,6 Milliarden Euro, wobei sich die Importe auf 169 Milliarden Euro und die

Exporte auf 166,5 Milliarden Euro beliefen... Fortsetzung

Geringere Inflation



Die jährliche Inflationsrate der EU ist im Februar 2020 auf 1,6% gesunken, gegenüber 1,7% im Januar, und die jährliche Inflationsrate der Eurozone lag bei 1,2%, gegenüber 1,4% im Januar, wie Eurostat am 18. März bekannt gab. Die niedrigste jährliche Inflationsrate wurde

in Italien (0,2%) und die höchste in Ungarn (4,4%) verzeichnet... Fortsetzung

Kultur:

Europäisches Zentrum für Solidarität



Das Europäische Zentrum für Solidarität in Danzig zeichnet die Geschichte der Gewerkschaft Solidarnosc (Solidarität) und ihrer Mission zur Förderung von Demokratie, Bürgertum und Solidarität nach. Das gesamte Zentrum, insbesondere seine sieben Ausstellungsräume, können virtuell besichtigt werden... Fortsetzung

Guernica neu denken



Das Reina-Sofia-Museum in Madrid bietet eine Ausstellung an, die Pablo Picassos "Guernica" gewidmet ist. Eine digitale Erkundung des Gemäldes ermöglicht es dem Besucher, den Kontext des Werkes durch akademische und historische Debatten, einschließlich der Kommentare von Picasso selbst, zu verstehen... Fortsetzung

Die Meister aus den bayerischen Museen



Bayerns Museen stellen ihre Sammlungen online, von der deutschen Malerei der Renaissance bis zur Kunst des 20. Jahrhunderts, von den Romantikern bis zu den Impressionisten. Darüber hinaus ist eine virtuelle Ausstellung den Porträts von Anthonis van Dyck, einem flämischen Maler des 17. Jahrhunderts, gewidmet... Fortsetzung

"Phantasie" in der Französischen Nationalbibliothek

Die Bibliothèque Nationale de France bietet die Online-Ausstellung "Phantasie - Zurück zu den Quellen" an, die die Entwicklung der Phantasie, einer literarischen Gattung, in der Mythen und

Übernatürliches vermischt werden, und ihre Verbindungen zu den großen gesellschaftlichen Fragen jeder Epoche verstehen hilft. Die Ausstellung richtet sich an Menschen jeden Alters und bietet Spiele für Kinder und pädagogische Hilfsmittel zur Erleichterung der Informationsweitergabe... Fortsetzung

Weltmuseum in Liverpool



Die Liverpooler Museen öffnen einen Teil ihrer Sammlungen für virtuelle Rundgänge. Mit Hilfe des Weltmuseums tauchen Sie in die antike Geschichte, Naturgeschichte und Archäologie, Wissenschaft und Raumfahrt ein... Fortsetzung

Agenda:

24 Mär

24. März 2020

Brüssel

Rat Allgemeine Angelegenheiten



25. März 2020

Videokonferenz

Treffen der Landwirtschafts- und Fischereiminister



26. März 2020

Videokonferenz

Europäischer Rat

Brüssel

Europäisches Parlament (Fernplenarsitzung)



27. März 2020

Videokonferenz

Treffen der Kohäsionsminister

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:









r∆Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Kontakt / Anmerkungen info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}